

FRAUEN FAHNEN FREIE WORTE

VORMÄRZ UND REVOLUTION 1848 IN AALEN



**Aalener Jahrbuch 1998
Herausgegeben vom Geschichts-
und Altertumsverein Aalen e.V.
Bearbeitet von Roland Schurig**

»Wobey sich einige Frauen sehr hülfreich zeigten«

Zur Organisation des staatlichen und privaten Armenwesens im Oberamt Aalen

Königin Katharina von Württemberg legte im November 1816 einer Reihe von Persönlichkeiten einen Plan zur Bekämpfung der allgemeinen Not im Lande durch die Gründung eines Vereins vor. Zunächst war an einen Frauenverein gedacht. Um die private Armenversorgung im Lande aufzubauen und zu organisieren, wurde Ende Dezember schließlich ein allgemeiner Wohltätigkeitsverein mit einer Zentralleitung in Stuttgart und mit Bezirks- und Lokalvereinen im Lande gegründet.¹ Bereits 1817 erhielt das Oberamt Aalen Gelder von der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins Stuttgart zur Beschäftigung der Armen² und zur Einrichtung von Industrieschulen in den ärmsten württembergischen Gemeinden, zu denen im Oberamt Aalen Armenweiler (Spagenweiler, Hofherrnweiler, Volkmarweiler), Fachsenfeld und Pfannenstiel gehörten. Wie eine Untersuchung in den Jahren 1818 und 1819 für das gesamte Königreich feststellte, waren in diesen wie in allen anderen insgesamt 24 ärmsten Orten bis zu 50% ihrer Einwohner unterstützungsbedürftig, ein großer Teil der Bevölkerung bettelte und war bereits straffällig geworden, und die örtliche Armenfürsorge versagte vollkommen bei den ihr gestellten Aufgaben.³ Diese Notstandsgemeinden hatten eine unterschiedliche historische Entwicklung hinter sich: es handelte sich teils um Hausierdörfer, teils um Tagelöhnerdörfer (Pfannenstiel) und teils um Bauerndörfer (Fachsenfeld). In einem Erlaß des Innenministeriums an die Kreisregierungen vom 29.1.1824 wurde als Ursache der außergewöhnlichen Armut einiger Gemeinden das dort herrschende Mißverhältnis zwischen Einwohnerzahl und Erwerbsquellen genannt, welches entstanden sei, weil früher »die Grundherrschaft dieser Orte entweder aus Eigennutz, oder aus übel verstandenen Religions-Eifer, oder auch nur aus Eitelkeit und

Leichtsinn eine Menge von neuen unbemittelten Ansaßen aufgenommen haben, die sich auf dem vorhandenen Grund und Boden unmöglich fortbringen konnten und daher [...] ihre Nahrung einzig von herumziehenden Gewerben suchen müssen. Eben darum konnte der hier getriebene Mißbrauch [...] so lange dauern, bis die nach Auflösung der deutschen Reichsverfassung eingetretene strengere Aufsicht über vagirendes Gesindel die ganze Last einer so unnützen Bevölkerung in diese Orte zurückdrängte, und dadurch die üblen Folgen eines lange getriebenen Unwesens mit einemmal fühlbar machte.«⁴

Im Gegensatz zu den ökonomischen Verhältnissen einer Gemeinde, die anhand statistischer Daten über Besitz, Steueraufkommen, Armenaufwand etc. ermittelt und mit entsprechenden Daten anderer Gemeinden verglichen werden konnten, blieb der »sittliche Zustand« der Einwohnerschaft für die Behörden eine nicht meßbare Größe. Sie unterlag der sehr unterschiedlichen Auslegung der jeweiligen Berichtersteller und ihrer Informanten. Ein von maßgeblicher Seite festgestellter »sittlicher Verfall« oder eine »Besserung der Sittlichkeit« konnten den Ausschlag dafür geben, daß ein Dorf in die Gruppe der verwahrlosten Orte aufgenommen oder sein Name wieder gestrichen wurde. Dabei war aber der Begriff der Sittlichkeit oder Moralität nicht von der wirtschaftlichen Ebene abgehoben, sondern im Gegenteil sehr eng mit wirtschaftlichen Zielen verbunden: im Mittelpunkt der Moraluntersuchung standen die vermuteten Auswirkungen von Verhaltensweisen besitzloser Menschen auf das Wirtschaftsleben. Nur selten wurden Normen und Verhalten der Armen als Resultat ihrer ökonomischen und sozialen Situation bewertet, meistens galten sie umgekehrt als Erklärung für eine Zunahme oder Abnahme ihrer Armut. Deshalb



Königin Katharina von Württemberg gründete 1816 den Wohltätigkeitsverein. Auf ihre Initiative geht auch die Errichtung der Württembergischen Landessparkasse mit den Filialen in den Oberämtern zurück.

konnte auch die aufgrund bestimmter Verhaltensweisen konstatierte »gute« oder »schlechte« Moral einer Ortsbevölkerung als wegweisend für eine künftige wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde angesehen werden. Die Maßnahmen, welche von den zentralen württembergischen Behörden gegenüber diesen Orten angewandt wurden, bestanden in einer Bündelung verschiedener in der gesamten Armenpolitik praktizierter Methoden und Institutionen mit der Wirkung, daß ein eigenständiger Zweig der Armenpolitik entstand.

Zuständigkeiten und Ebenen der Armenverwaltung

Zum besseren Verständnis ist es hilfreich, zunächst auf wesentliche Einrichtungen und die Träger der Armenpflege im Königreich Württemberg einzugehen, die im gesamten 19. Jahrhundert eine Vielfalt von staatlichen, kirchlichen und privat organisierten Formen aufweist.

Zwei wesentliche Prinzipien bestimmten die

Struktur des württembergischen Armenwesens. Zum einen gliederte es sich entsprechend dem verwaltungsmäßigen Aufbau des Landes in eine lokale, eine regionale und eine zentrale Ebene. Zudem waren auf jeder dieser Ebenen staatliche Behörden, kirchliche Organe und private Vereine teils nebeneinander, teils – in zusammengesetzten Gremien oder durch punktuelle Kooperation – miteinander tätig. In erster Linie waren die Gemeinden zur Unterstützung der Armen verpflichtet. Bis zur Eingliederung Württembergs in das Deutsche Reich beruhte der Unterstützungsanspruch auf dem sog. Heimatrecht,⁵ d.h. er leitete sich von dem durch Geburt oder Aufnahme in die Gemeinde erworbenen persönlichen Status als Bürger oder Beisitzer ab.⁶ Auch bei vorübergehender oder dauernder Abwesenheit vom Heimatort blieb der Unterstützungsanspruch bestehen, sofern nicht das Bürger- oder Beisitzerrecht in einer anderen Gemeinde erworben wurde. Nur wenn ein Armer weder ein Heimatrecht in einer württembergischen Gemeinde besaß, noch eines für ihn durch Zuteilung zu einer Gemeinde ermittelt werden konnte, mußte derjenige Ort, in dem er sich gerade aufhielt, für ihn eintreten. Die Unterstützungsansprüche richteten sich zunächst an die örtlichen Stiftungskassen und – wo diese fehlten oder ihre Mittel nicht ausreichten – an die Gemeindekassen. Die offizielle Verantwortung für den geordneten Ablauf der Armenversorgung auf lokaler Ebene trug jeweils das gemeinschaftliche Unteramt, das sich aus dem Ortsvorsteher und dem ranghöchsten Pfarrer zusammensetzte. Mit der Aufsicht in den Bezirken waren die gemeinschaftlichen Oberämter betraut. Im Bezirk Aalen waren dies Oberamtmann Bürger und Dekan Julius Hartmann.⁷ Sie unterstanden wiederum der Oberaufsicht der Kreisregierung. Auf Regierungsebene fiel das Armenwesen in das Ressort des Innenministeriums.

Industrieschulen als staatliche Erziehungsmaßnahme

Unter einer Industrieschule verstand man eine »niedere Schule für Knaben und Mädchen oder beide Geschlechter, in denen nicht nur Religion, Schreiben, Lesen und Rechnen gelehrt wurde, son-

dern man auch durch Anleitung zu mancherlei wirtschaftlichen Beschäftigungen, wie Spinnen, Weben, Stricken, Nähen, Bandmachen, Obst- und Gartenbau, Seiden- und Bienenzucht u.a. zur »Industrie« zu erziehen bestrebt war.«⁸

Die Einrichtung solcher Schulen galt als geeignetes Mittel gegen den Kinderbettel und als wichtiges Element der Armenerziehung. Ziel war es, »die im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder, welche unmöglich den ganzen Tag in den bestehenden Elementarschulen zusammen gehalten werden können, durch Beschäftigung mit angemessenen Hand-Arbeiten zunächst vom Vagiren, Betteln und Holzstehlen abzuhalten, und im Allgemeinen frühzeitig zu Betriebsamkeit, Arbeitsamkeit, Fleiß und Ausdauer bey der Arbeit zu gewöhnen, zugleich aber dieselben so viel als möglich mit besonderen Arten von Hand-Arbeiten, welche ihnen später den Eintritt in die Lehre oder in einen Dienst, und die Erwerbung ihres Lebens-Unterhalts erleichtern können, bekannt zu machen, und ihnen wo möglich

schon als Kindern Gelegenheit zu einem Arbeitsverdienst zu verschaffen.«⁹ Die »Bestimmung des Menschen«, von der immer wieder gesprochen wurde – durchaus auch religiös überhöht –, wies den Frauen und Männern der sogenannten »Unterschichten« nur einen sehr eingegrenzten Lebens- und Wirkungskreis zu. Industriebildung für die unteren Stände bedeutete also Erziehung zu Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in einem abgesteckten Rahmen; »was darüber hinausgeht, wenn es nicht zur Erklärung des Notwendigen durchaus beiträgt, ist überflüssig und kann schädlich werden.«¹⁰ »Ganz insbesondere der niedere Städter und der Landmann« muß »ja nicht in seiner Kultur übereilt werden!«¹¹ Durch eine Industrieschul-erziehung hofften Pädagogen und die ihnen mit Industrieschulgründungen folgenden Pfarrer der evangelischen Landeskirche, »Arbeitsscheu« und den angenommenen »Hang zur Trägheit mit der Wurzel auszurotten«; sie wollten die wirtschaftlichen Verhältnisse des Einzelnen, insbesondere des



Blick auf das Dorf Fachsenfeld von Südwesten 1840

Armen, verbessern. Industrie sollte auf die überaus dürftigen häuslichen Verhältnisse einwirken, Armut und Not lindern und ein besseres Leben ermöglichen. »Schande macht es unserem Zeitalter, daß die Kinder, wenn sie sich gleich diese notdürftigen Kenntnisse verschafft haben, gleich nach ihrer Entlassung aus der Schule in Unsittlichkeit, vorzüglich in Müßiggang und andere Laster verfallen und weder tätige und nützliche Bürger des Staates noch gute Menschen und Christen werden.«¹² Der Müßiggang und die Bettelei, »die Quelle jeden Lasters«, wurden als der große Feind der Sittlichkeit empfunden.

Geldprobleme

Als ein großes Hindernis bei der Gründung und vor allem für den dauerhaften Fortbestand der Industrieschulen erwies sich die Finanzierungsfrage. Die Einrichtung des Industriezimmers sowie die jährliche Unterhaltung der Industrieschule (Personal, Miete, Beleuchtung, Heizung, Arbeitsmaterial, Arbeitslohn, etc.) erforderten Mittel, um die jeweils hart gerungen wurde. Nur ein geringer Teil der Betriebskosten wurde von den Gemeinden und Oberämtern getragen, während der größere Rest aus der Kasse der Zentraleitung und aus dem staatlichen Fonds für die »ärmsten Orte« zu bestreiten blieb.¹³ In der Regel fehlte es nicht an geeigneten Arbeitsräumen, ein Schulzimmer stand in allen Orten zur Verfügung, allerdings war meist das notwendigste Inventar nicht vorhanden; auch die Deckung der Kosten für Werkzeug und Material beschäftigten über Jahrzehnte die Behörden, denn sie konnten nicht auf die Eltern abgewälzt werden. Zudem mußten, um vielen Kindern den Besuch der Industrieschule überhaupt zu ermöglichen und sie zu regelmäßiger Teilnahme anzuspornen, an einen bedeutenden Teil der Schülerinnen und Schüler Brot und Kleidungsstücke verschenkt werden. In Armenweiler wurde 1822, in Fachsenfeld und Pfannenstiel 1824 jeweils eine Industrieschule errichtet, die wesentlich von der Zentraleitung des Wohltätigkeitsvereins abhing.

Die Unterhaltung der Industrieschulen war mit einem hohen organisatorischen und finanziellen

Aufwand verbunden. Geeignete Lehrkräfte waren schwer zu finden: in Fachsenfeld waren die Lehrerin Marianne Ziegler und in Unterrombach der Lehrer Kolb und seine Frau diejenigen, die zusätzlich zum Elementarunterricht den Industriebetrieb übernahmen. Die Armenweiler Industrieschule wurde bis 1843 mit den Kindern beider Konfessionen im Unterrombacher Schulhaus abgehalten. Durch den Bau eines katholischen Schulhauses kam es zu einer »doppelten« Industrieschule.

In Unterrombach war die Gemeinde mit ihrer Kasse an der Finanzierung der Industrieschule beteiligt. Im allgemeinen jedoch suchten sich die oft unvermögenden und schwer belasteten Gemeinden von allen Neubelastungen freizuhalten; nur die Gemeinde Unterrombach bezahlte in den Jahren 1824 bis 1848 jedes Jahr »ein Klafter Brennholz aus den Mitteln der Schultheißerey Casse«, kündigte aber an, dieses ab dem Jahr 1848 für die 36 Kinder, die die Industrieschule besuchten, nicht mehr finanzieren zu können.¹⁴ Die Gebäudefrage stellte auch in Fachsenfeld und Pfannenstiel kein Hindernis auf dem Wege zur Gründung der jeweiligen Industrieschule dar. Die »Beschäftigungsanstalt mit Spinnen und Stricken« war in einem Schulzimmer untergebracht.¹⁵ Die Schulgebäude befanden sich allerdings in einem recht erbärmlichen Zustand. Die Räume waren eng, niedrig, dunkel und feucht und oftmals kalt, da vor allem die Versorgung mit Brennholz ein echtes Problem darstellte. In der Beschäftigungs- und Unterrichtsanstalt in Hohenstadt, wo hölzerne Schachteln hergestellt wurden, war man seitens der Gemeinde und Stiftungspflege froh, daß »der Graf Adelman das Holz und das Unterrichts Lokal unentgeltlich hergibt«.¹⁶

Handarbeit für die Mädchen

Die häufigsten Arbeiten in den Industrieschulen im Oberamt waren die Textilarbeiten: das Stroh- und Weidenflechten, wie in Pfannenstiel, oder das Flachs-, Wolle- und Baumwollspinnen sowie das Stricken und Nähen der verschiedensten gröberen oder feineren Sachen in Armenweiler und Fachsenfeld. Sie bildeten die wesentlichen

Industrieschularbeiten und wurden von Kindern beiderlei Geschlechts betrieben, vornehmlich jedoch von den Mädchen. Schultheiß Feihl aus Unterkochen verteidigte die Industrieschule in Armenweiler gegenüber der Zentralleitung: »die Industrieschulen für Mädchen sind dagegen von größtem Nutzen, indem diese für den für ihren Beruf so nöthigen Arbeits Unterricht erhalten«, denn diese Arbeit habe »den größten Nutzen für ihr ganzes Leben«.¹⁷

Spinnen, Stricken und Nähen waren leicht erlernbar und erforderten keine teuren Materialien und Arbeitsgeräte. Zum Stricken brauchte man als Arbeitsgerätschaften lediglich ein Paar Strickstöcke oder -nadeln, Strickrahmen, Strickmuster, Sockenformen, Pfeifendeckelformen etc., zum Nähen und Stopfen verschiedene Arten von Nadeln. Hinzu kamen Schere, Fingerhut, Nähstrippe oder -schlaufen und Nähkissen. Zum Geschäft des Spinnens und zu dem oftmals ebenfalls vorgenommenen Zu- und Nachbereiten des Spinnmaterials waren Spinnräder mit verschiedenem Zubehör, Haspeln, eine Waage, eine Doppel- oder Zwirnmachine, eine Garnwinde, Kratzen, Krempeln, Hecheln u.a.m. erforderlich. Zu den grundlegenden Textilarbeiten gehörten also einfache und leicht zu handhabende technische Hilfsmittel.

Gartenkultur für die Jungen

Den zweiten großen Komplex im Arbeitsunterricht der Industrieschule bildeten Gartenkultur sowie landwirtschaftliche Arbeiten. Hierzu zählten: das Pflanzen von Bäumen, besonders von Obstbäumen; das Beschneiden und Veredeln des Obstes; das Anpflanzen von neuen »vorteilhaften Getreidearten«, Rüben, Leinsamen, Küchengewächsen, Blumen, Giftpflanzen, etc. Die Obstbaumzucht war gewöhnlich der dominierende Zweig der Gartenindustrie, so daß man statt von Industriegärten häufig von Baumschulen sprach. In Dewangen, Wasseralfingen und Hofen gab es jeweils eine Obstbaumzucht, die keine Unkosten mit sich brachte, wie der Oberamtmann erfreut bemerkte. 1837 nahmen in Dewangen »2 arme Knaben und 4 arme Mädchen theil, sowie 7 nicht

arme Knaben und 4 nicht arme Mädchen«. In Wasseralfingen und Hofen waren es »5 arme Knaben und 4 arme Mädchen sowie 38 nicht arme Knaben und 34 nicht arme Mädchen«.¹⁸ Die Kinder konnten im Industriegarten manches über die wenig verbreitete und zudem auf niederer Stufe stehende Gartenbaukultur, über eine bessere Bodennutzung, über den Anbau neuer Pflanzen sowie über die bessere Benutzung der gewonnenen Früchte lernen. Die Gartenbauprodukte als Handelsware und »Marktgut« brachten außerdem einiges Geld ein. Die körperliche Arbeit im Freien erwies sich für die Gesundheit und Entwicklung der Kinder als sehr förderlich. Die Gerätschaften waren bei diesem Industriezweig leicht und verhältnismäßig billig zu beschaffen. Zur Ausrüstung gehörten Spaten, Schaufeln, Harken, Hacken, Okuliermesser, Schubkarren, Sägen, ein Gießbehälter und dgl. Erklärtes Ziel war es hierbei auch, »für eine zukünftige Beschäftigung in der Landwirtschaft den Unterhalt und ein sicheres Fortkommen der Leute auch noch, nachdem sie die Schule verlassen haben, gesorgt und dem Bettel mit Nachdrücklichkeit gesteuert« zu haben.¹⁹

Die Gartenarbeiten wurden von Knaben und Mädchen ausgeübt, wobei die Mädchen besonders die Anpflanzung der Küchengewächse erlernen sollten; es war üblich, den Industriegarten in einzelne Parzellen aufzuteilen, wo z.B. die Giftpflanzen oder die Küchengewächse einen eigenen Teil erhielten.

Lokalindustrie

Als dritte Beschäftigungsmöglichkeit – in den »Armenorten« des Oberamtes die zweithäufigste – kam die sogenannte »Lokalindustrie« hinzu. Unter diesen Arbeiten verstand man das Verflechten von Stroh und Weiden zu verschiedenen Arten von Schnüren, Körben, Strohhüten. Auch hier genügten einfache und weniger kostspielige Werkzeuge. Bei einem Großteil der Textilfabrikate sowie bei vielen Produkten der Garten- und Lokalindustrie mußten die Industrieschulen selbst für den Absatz sorgen. Der Vertrieb machte allerdings große Schwierigkeiten. Die häufig noch unvollkommenen Fabrikate

blieben oft unverkauft liegen. In einem Bericht des Oberamtmannes an die Kreisregierung hieß es, man habe »in kurzer Zeit einen ungeheuren Vorrath schlechter Produkte, welche man nicht oder nur mit Verlust verkaufen konnte«. ²⁰ Um sie nicht völlig verderben zu lassen, mußte man sie zum großen Teil unter dem Herstellungspreis verkaufen, sodaß der Absatz der Produkte die Schulden erhöhte, was einen der wesentlichen Gründe für den Verkauf auf Basaren, Versteigerungen, Wochen- oder Jahrmärkten oder gar auf Messen darstellte.

Ortsarmenverein 1838

»Um den Armenorten des Bezirks (Armenweiler, Fachsenfeld und Pfannenstiel) aufzuhelfen, hat sich 1838 ein Oberamts-Armenverein zur Verbesserung des sittlichen und ökonomischen Zustands der ärmsten Gemeinden des Bezirks gebildet«. ²¹ Der Oberamtsarmenverein »hatte sich, wie alle derartigen Anstalten in der ersten Zeit einer erfreulichen Theilnahme zu erfreuen«. ²² Am 3. Februar 1838

wurden die Statuten des »Vereins zur Verbesserung des sittlichen und ökonomischen Zustandes der ärmsten Gemeinden des Oberamts-Bezirks« im Amtsblatt veröffentlicht. Als vordringliche Ziele der angestrebten »Wirksamkeit« galten: »Die der Schule entwachsenen Jünglinge in Handwerkslehren und Knechtdienste, die Mädchen in Magddienste unterzubringen«, sowie die »Kinder von Weibspersonen, die durch jene an Diensten gehindert sind, und von Eltern, deren schlechte Zucht sie dem Verderben entgegen führt, in Privatkost oder in Versorgungs-Anstalten zu bringen [...] sowie »den Bettel zu steuern, so weit es nicht durch die bisherigen Maßregeln bewirkt wird«. ²³ Neben einer Veränderung der Moralvorstellungen und Verhaltensweisen der Armen, war ein wesentliches Anliegen des Vereins die Sicherung der Finanzierung der Beschäftigungsprogramme in den Industrieschulen. Man konnte dabei auf ein Grundkapital zurückgreifen, das sich vor allem aus den eingenommenen »Geldbußen wegen Unzuchtsvergehen« zusammensetzte. 1836/37 beliefen sich die Einnahmen auf die ansehnliche Summe von 171 Gulden 52 Kreuzer, 1837/1838 auf 62 Gulden 17 Kreuzer. So konnte der Ankauf verschiedener Grundmaterialien für die Industrieschulen erfolgen. »Man ließ sofort Wolle und Baumwolle einkaufen, verstricken und färben [...] und hatte in kurzer Zeit einen ungeheuren Vorrath schlechter Produkte, welche man nicht oder nur mit Verlust verkaufen konnte.« Die Klage über die mangelhafte Qualität der in den Industrieschulen hergestellten Produkte (und damit des Problems, diese möglichst ohne Verluste zu verkaufen) wurde auch von der Zentralleitung formuliert. Die Rechtfertigung blieb nicht aus: »Für Armenweiler« trafe der Vorwurf, »schlechte Waren« zu produzieren, nicht zu, »da gerade die Eigenthümlichkeit der Gegend hier«, dafür Sorge, daß »die in der Industrieschule eingeführten Stroh- und Weidenflechtarbeiten« auch absetzbar seien. Der erste Bericht des im November 1839 nach Aalen gekommenen Oberamtmannes Bürger an die Kreisregierung, eine Art »Bestandsaufnahme« der Situation, nannte bereits einige der zentralen Probleme, mit denen der Ortsarmenverein im nächsten Jahrzehnt bis zur Revolution 1848/49 und darüber

A a l e n.



Der hiesige Armen-Verein zur Unterstützung würdiger Hausarmer hat während der jüngsten Theuerung sein Kapitalvermögen aufgezehrt, und es müssen jetzt die Unterstützungen stark vermindert werden, wenn nicht neue Mitglieder eintreten oder die alten ihre Beiträge erhöhen (was beides theilweise schon geschehen ist). Da nun die Noth der Unterstützten — meist Alte, Gebrechliche, Wittwen u. dergl. — immer noch fort-dauert und dagegen der bisherige Brod-Verein aufgehört hat, so ergeht einem Beschuß der letzten Versammlung zufolge auch auf diesem Weg eine freundliche Einladung zu größerer Theilnahme. Anmeldungen können gemacht werden bei dem Sammler, Theodor Schule, oder bei Helfer Bauer.

Aufruf zur Unterstützung des Armenvereins, Bote v. Aalen 29. September 1847

hinaus, beschäftigt sein würde. Der neu gewählte Ausschuß ernannte den Oberamtmann zum Vorstand und nach Prüfung »der Ein- und Ausnahmen ergab sich die Rechnung, in welcher sich ein Vermögens-Abmangel von 1193 Gulden (fl) 50 Kreuzer (kr) herausstellte.« Nachdem die Summe der Schulden festgestellt worden war, mußte entschieden werden, was nun geschehen könne und man beschloß, »mit allem Nachdruck zum Verkauf der Waaren zu schreiten«. Besonders lobend erwähnte der Oberamtmann die Teilnahme und Unterstützung durch die Frauen: »[...] wobey sich einige Frauen der Oberamtsstadt sehr hülfreich zeigten«.²⁴

Sehr schnell wurde offensichtlich, »daß sich fortwährend Verluste von bedeutendem Umfang herausstellen«. Sowohl in Fachsenfeld als auch in Unterrombach »zeigten sich (wie seit Gründung des Vereins schon in Hohenstadt) Privatleute, welche die Beschäftigung der Armen gegen eine Provision an Arbeitslose auf ihre Rechnung übernehmen und seitdem gewinnt die Sache ihren richtigen Standpunkt. Nebenbey wurden arme Knaben in Lehre und Mädchen in Diensten untergebracht, und in dieser Leistung ist der Verein fortwährend wirksam«. Trotz starker Bemühungen von Seiten des Oberamtes verminderte sich die Zahl auf 7 Mitglieder, woraufhin Oberamtmann Bürger im Frühjahr 1842 einen wiederholten Aufruf zur Mitgliederwerbung erließ. Er fand seine Erwartungen nicht getäuscht. »55 Personen meistens vom sogenannten Honoratioren Stande angehörig, unterzeichneten sich zu 100 Gulden 3 Mal jährlich Beiträge zu leisten«. Der Verein erklärte sich für alle »Armenorte« des Bezirkes zuständig: für Fachsenfeld, Pfannenstiel und Armenweiler ebenso wie für Laubach, Leinroden und Hohenstadt. Hohenstadt wurde, auch in der Argumentation gegenüber der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins in Stuttgart, als Beispiel für eine gelingende Armenerziehung und deren Finanzierungsmöglichkeiten herausgestellt, da eine »Beschäftigungs- und Unterrichts-Anstalt in der Verfertigung hölzerner Schachteln errichtet« wurde, »zu welcher der Graf Adelmann das Holz und und das Unterrichts Lokal unentgeltlich hergibt, die Vereinskasse aber die Lehrer, die Werkzeuge und

die übrigen Kosten bezahlt«. »Dieser Erwerbszweig«, davon waren die Vereinsmitglieder überzeugt, »ist ein sehr einträglicher, indem sich ein künftiges Schachtelmachen auf täglich 30 - 40 anbietet, man vielmehr mit dem Absatz seiner Producte in Verlegenheit kommt, was mit dem gesponnen Garn, bey der großen Konkurrenz der Maschinen [...] täglich der Fall ist. Wegen eines Zuschusses zu Hebung dieser Industrie-Schule in Hohenstadt bedarfs der Einrichtung einer täglichen Brodverteilung an die Kinder wird schon seit einiger Zeit mit der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins verhandelt«. Sobald die »Fabrication der Schachteln« noch stärker in Gang komme, habe »der Verein die Absicht diesen Industriezweig auch nach Fachsenfeld, Leinroden und Armenweiler zu verlegen«.²⁵ Über die Höhe des Zuschusses zur »Fabrication weiterer Holzschachteln« wurde Jahre mit der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins in Stuttgart verhandelt. Bis in die 40er Jahre wurde immer wieder auch über die Menge des zu verteilenden Brotes, von 1 Pfund für ältere bis zu einem 1/2 Pfund Brot für kleinere Kinder, debattiert. Nachdem 1847 durch die Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins der Aufruf zur Bildung von Bezirksvereinen erging, wurde der Ortsarmenverein im Dezember des gleichen Jahres nochmals aktiv und reagierte auf die wachsende Zahl der Bedürftigen mit der Verteilung von Brot. Die betroffenen Bevölkerungsgruppen nahmen sehr genau wahr, wieviel die Stadt bereit war, zu investieren, um Abhilfe in der allgemeinen Notsituation zu schaffen.

Dekan Hartmann wendete sich am 5. Dezember 1846 in einem öffentlichen Aufruf an die Bürgerschaft Aalens mit der Bitte, Beiträge zur »Unterstützung armer Kinder mit Brod« zu sammeln. »Da aber die Mittel zu diesem wohltätigen Zweck den immer zunehmenden Anforderungen wegen nicht mehr zureichen, so wurde dieser Gesellschaft [...] ein Zuschuß aus der Stadtkasse von wöchentlich 5 Gulden beschlossen.«²⁶

Am 17. September des folgenden Jahres legte der Dekan, ebenfalls öffentlich, Rechenschaft über die eingegangenen Beträge und deren Verwendung ab:²⁷ »Es schloßen sich im ersten Monat 141 Teilnehmer mit zusammen 64 fl 8 kr an. Im letzten Monat Juli waren es 175 Teilnehmer mit zusammen

69 fl Beiträgen. Die Zahl der Unterstützten hob sich von ursprünglich 24 Parthien auf 71, theils Familien mit Kindern, theils Witwen oder alte Ledige. [...] Die Stadtkasse trug von Januar bis Juli monatlich 20 fl bei«. Die Gesamtsumme von 730 fl 48 kr wurde fast vollständig für Brot (587 fl 47 kr), Anweisungen an die Suppenanstalt (83 fl 21 kr) und sonstige Armenunterstützung verwendet. Zwei Wochen später beklagte der Armenverein, daß »während der jüngsten Theuerung das Kapitalvermögen aufgezehrt« worden sei. Helfer Bauer warb um neue Mitgliedschaften.²⁸

Die städtischen Maßnahmen reichten jedoch nicht aus, um die stetige Reallohnminderung zu stoppen. Es kamen eine ganze Reihe privater Wohltätigkeitsmaßnahmen hinzu, vor allem motiviert, dem »verderblichen Kinderbettel entgegen zu wirken: Almosengebende haben Gaben zusammengelegt, um hiesigen armen Kindern 1-3 Mal wöchentlich Brod geben zu können, um dem, der Sittlichkeit der Kinder entschieden nachtheiligen Hausbettel zu begegnen«.²⁹ Mit demselben Ziel eröffnete die Ehefrau des Dekans Hartmann eine Privatindustrieschule, in der zwölf Mädchen 4 bis 5 Stunden täglich arbeiteten.³⁰ Trotzdem nahm die Zahl der verarmenden Familien ständig zu, das Problem der Armenfürsorge wurde immer dringender. Auch wenn Hunger nicht zwangsläufig zum Protest führte, so trugen doch die Versorgungsschwierigkeiten zu Spannungen in der Stadt maßgeblich bei. Oberamtmann Bürger sprach von einer unzufriedenen und unbehaglichen Stimmung in seinem Bezirk. Alle hätten die Überzeugung, daß es anders werden müsse, wo es aber fehle und wie geholfen werden könne, darüber gäbe es keine klaren Vorstellungen. Bürger glaubte, daß die Unzufriedenheit eines Theiles der Bevölkerung nicht politisch motiviert sei, sondern ihren Grund in den Folgen der Teuerung habe.³¹ Wohltätigkeit als Teil der den Gemeinden obliegender Armenfürsorge und als Ausdruck christlicher Nächstenliebe waren gefragt und wurden in nicht zu unterschätzendem Ausmaß gewährt, obwohl der Amtsvorgänger des Oberamtmannes Bürger, Stockmayer, 1838 sicherlich nicht der einzige war, der die Position vertrat: »Wenn, um den Bettel zu steuern, auch noch so strenge polizeiliche Maßregeln ergriffen werden,

und wenn der Nothstand überall beseitigt ist, so wird der Unfug doch fort dauern, so lange die Bettler wissen, daß sie Gaben erhalten«.³²

Gründung des Bezirkswohltätigkeitsvereins 1847

Im Jahr 1847 erging ein Aufruf der Zentralleitung zur Bildung von Bezirks-Wohltätigkeitsvereinen, die an die Stelle der Oberamtsvereine treten sollten.³³ Im Oberamt Aalen konstituierte sich daraufhin ein Bezirksverein, der aus dem seit 1838 bestehenden Ortsarmenverein hervorging. Die Gründungsmitglieder wurden vor allem durch politische Motive bewogen, aktiv in die Armenfrage einzugreifen: »Es fehlt erfahrungsgemäß auf dem Lande so sehr am rechten Gemeingeist, daß es wohl an vielen Orten unmöglich gewesen wäre, die nöthige Zahl theilnehmender Mitglieder zusammen zu bringen, wenn nicht die rasch um sich greifende Noth und Theuerung, vor Allem aber die beunruhigenden Berichte von Unzufriedenheit und Mißmuth unter den unteren Volksklassen das Schreckgespenst des [...] Communismus die Gemüther aus ihrer ruhigen Gleichgültigkeit aufgerüttelt und Manche aus Besorgniß für den ungestörten Fortgenuß ihres Wohlstandes zur Theilnahme an den Bemühungen für Abhülfe der Noth empfänglich und bereit gemacht hätte«.³⁴ Auch Oberamtmann Bürger fürchtete soziale Unruhen und drängte auf die Errichtung einer Bürgerwehr, da »hiesige Stadt östlich an das Ausland (Bayern), nördlich auf eine Stunde Entfernung an den berühmten Pfannenstiel (Himmingsweiler, Ortsteil von Fachsenfeld), westlich auf eine Viertelstunde an die mit Bettlern vollgepfropfte Parcellen Armenweiler (Hofherrnweiler), östlich an die berühmte Colonie Flochberg, südöstlich an die gleichfalls berühmte Colonie Burgberg und südwestlich an die blutarme, mit Gesindel aller Art bevölkerte Gemeinde Bartholomäy grenze, auch in hiesiger Stadt und der nächsten Umgebung selbst, insbesondere in dem eine Viertelstunde entfernten herrschaftlichen Schmelzwerk Wasseralfingen eine Masse zum Theil unbeschäftigter für republikanische und communistische Bestrebungen empfängliche Arbeiter sich aufhalten«.³⁵

Anmerkungen:

- ¹ Willi A. Boelcke, Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800-1989, Stuttgart 1998, S.36
- ² HSTAS E 191 Bü 2612
- ³ Rechenschaft der CL 1817-1841, S.20
- ⁴ Zit. nach: A. L. Reyscher: Sammlung württembergischer Gesetze, Bd. XV.2., S.333
- ⁵ Die gesetzliche Festlegung des Heimatrechts erfolgte durch Verordnungen von 1807 und 1812 und durch das Bürgerrechtsgesetz von 1828, revidiert 1833. W. Blätzner: Handbuch, S. XV-XVIII. F. Blitzer: Königreich Württemberg, S.360f.; 372f
- ⁶ Bürger und Beisitzer durften sich in der Gemeinde niederlassen, ein Gewerbe treiben und Gemeindeämter innehaben; die Teilnahme an den Gemeindennutzungen, zeitweise auch das aktive Wahlrecht standen nur den Bürgern zu.
- ⁷ Nach einem Verwaltungsedikt von 1822 gehörte zu den Aufgaben der Oberämter insbesondere die Sorge »für Beförderung der Sittlichkeit und des Arbeitsfleißes, für Beschäftigung und Ernährung der Armen, Entfernen der Bettler und Landstreicher«. Das Königreich Württemberg, S. 717
- ⁸ F. Trost: Die Göttingische Industrieschule (Berlin, 1930); Arbeiten aus dem Forschungsinstitut für Fürsorgewesen in Frankfurt a. M., Heft 4, S.1
- ⁹ Rechenschaft der Centralleitung, 1817-1841, S.62
- ¹⁰ A. Wagemann, Bildung, S.135
- ¹¹ Lachmann, Industrieschulwesen, S.27
- ¹² v.d. Reck, Landschulen, S.173
- ¹³ Ebd., S.68; Rechenschaft der CL 1842-1844, S.61
- ¹⁴ HSTAS E 191 Bü 6702
- ¹⁵ HSTAS E 175 I, Bü 5142
- ¹⁶ Ebd
- ¹⁷ HSTAS E 191 Bü 4227
- ¹⁸ HSTAS E 191 Bü 3339
- ¹⁹ HSTAS E 191 Bü 4227
- ²⁰ HSTAS E 175 I, Bü 5142
- ²¹ Beschreibung des Oberamts Aalen. Stuttgart, 1854. S.112
- ²² HSTAS E 175 I, Bü 5142
- ²³ Der Bote von Aalen Nr.9, 3.2.1838
- ²⁴ HSTAS E 175 I, Bü 5142
- ²⁵ HSTAS E 175 I, Bü 5142
- ²⁶ StaA, Stadtratsprotokoll in Polizey- und Verwaltungssachen 1847, S.57b
- ²⁷ Bote von Aalen Nr.75, 17.9.1847
- ²⁸ Bote von Aalen Nr.78, 29.9.47
- ²⁹ Bote von Aalen Nr.101, 18.12.1846
- ³⁰ STAL E 191 Bü 3339
- ³¹ HSTAS VE 146/2 Bü 1929
- ³² STAL E 191, Bü 4227
- ³³ Unter ihren Aufgaben sollte die Armenbeschäftigung weiterhin eine bedeutende Rolle spielen: »In Hinsicht auf die Armenunterstützung befolgt der Bezirksverein den von dem Gesamt-Wohltätigkeitsverein von je her festgehaltenen Grundsatz, dieselbe so viel möglich in der Verschaffung von Mitteln zum Erwerb durch eigene Thätigkeit zu gewähren.« Aufruf der CL vom 14.4.1853. Zit. nach: BA 1853, S.77-80; S.77
- ³⁴ Christoph Ulrich Hahn: Die Bezirkswohltätigkeitsvereine, ihre Gegenwart und Zukunft. Ein Beitrag zur Lösung der Armenfrage. Stuttgart 1848
- ³⁵ Irmgard Bleif, Die Revolution von 1848/49 in der Stadt Aalen und der Landgemeinde Essingen. Zulassungsarbeit PH Schwäbisch Gmünd WS 1968/69. S. 27



Der Bettelvogt führt einen verhafteten Bettelgeiger dem Schultheißen vor. Darstellung von Carl L. d'Unker, 1857.